

Besser lernen und Niedersachsens Zukunft gestalten!

Eingebettet in die gesamte Gesellschaft finden Bildung und Erziehung im Elternhaus, in den Bildungseinrichtungen und vor allem in deren Zusammenspiel statt. Die Qualität der Bildungsangebote von heute entscheidet über unsere Lebensqualität von morgen. Bildung ist unser Rohstoff, um langfristig unseren Wohlstand zu sichern. In unseren Kitas und Schulen entscheidet sich die Zukunft unseres Landes. Der Schlüssel für gute Bildung liegt zunächst im Elternhaus und in der Verantwortung der Eltern. Eltern sollen für ihr Kind in den Krippen und Kitas einen Bildungs- und Betreuungsplatz finden und es wird in Niedersachsen ab 2018 eine Unterrichtsgarantie geben.

Lehrkräfte und Schulleitungen, Erzieherinnen sowie in der Kindertagespflege tätige Menschen sind der entscheidende Erfolgsfaktor von guten Schulen und guten Kitas. Ihnen gilt unsere hohe Wertschätzung. Ohne ihr tägliches großes Engagement und ohne ihre pädagogischen und fachlichen Leistungen kann es in Niedersachsen keine guten Bildungsangebote geben. Das vorrangige Merkmal von Bildung ist und bleibt deren Qualität. Alle unsere bildungspolitischen Anstrengungen konzentrieren sich daher auf das Ziel von guten Kitas und auf das Ziel guten Unterrichts. Das ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungskette von der Krippe über die Schulen bis hin zur Ausbildung und zum Studium. Unser Staat, unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft profitieren von der Vielfalt der Ideen, der Begabungen und Talente der niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger. Diese Vielfalt zu fördern, ist eines unserer vorrangigen Ziele. Deshalb wollen wir Übergänge zwischen den Bildungswegen und Schulformen jederzeit ermöglichen. Dabei sind die allgemeine und die berufliche Bildung gleichwertig. Wir unterstützen daher die Städte und Gemeinden bei der Bereitstellung guter Bildungsangebote und wir setzen uns dafür ein, dass der Bund und die Länder bei den Herausforderungen der Zukunft stärker kooperieren.

Wir wissen um die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, bei der Inklusion, bei der Integration, bei der frühkindlichen Bildung und bei den Ganztagschulen. Kinder und Jugendliche verbringen immer mehr Zeit in Krippen, Kindergärten und in Schulen. Damit steigen die Ansprüche an die Qualität und an die Ausstattung der niedersächsischen Bildungseinrichtungen. Für uns ist klar:

- Bildungspolitische Entscheidungen auf Landesebene dürfen nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Es gilt der Grundsatz der Konnexität.
- Ab 2018 wird durch die Anhebung der Steuerverbundquote die Investitionsmöglichkeit für Schulbauten deutlich verbessert. Ziel ist es, vor allem besonders finanzschwache Kommunen bei notwendigen Bauvorhaben und Modernisierungen von Bildungseinrichtungen zu unterstützen.

1. Vorfahrt für Unterricht! – Garantiert!

Die Unterrichtsversorgung muss in ganz Niedersachsen flächendeckend gesichert sein. Das gilt sowohl für allgemeinbildende als auch für berufsbildende Schulen. Es müssen deutlich mehr Lehrerstunden im konkreten Unterrichtseinsatz, also direkt beim Kind, ankommen. Wir wollen daher nicht kürzen, sondern eine zielgerichtete und bessere Verteilung von Unterrichtsstunden sowie den klugen Einsatz von Lehrkräften garantieren. Die Unterrichtsversorgung wird so gesichert und die Unterrichtsqualität wird entsprechend weiter verbessert.

Die Verbesserung der Unterrichtsqualität ist aber keine alleinige Aufgabe der einzelnen Lehrkraft, sondern sie ist Landesaufgabe. Dabei werden wir das Grundprinzip des Förderns und Forderns als Leitidee wieder nach vorn stellen. Wir sagen: Mehr Unterricht nicht nur wollen, sondern auch machen! Das ist unsere Aufgabe! Folgende Aspekte stehen dabei für uns im Mittelpunkt:

- Ganztagsangebote verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Qualität unseres Bildungssystems. Das gilt für Angebote der frühkindlichen Bildung ebenso wie für unsere Schulen. Dazu gehört das Mittagessen ebenso wie in der Schule die Unterstützung bei den Hausaufgaben durch Lehrkräfte, die im Rahmen eines Hausaufgabenpools den Kindern zur Verfügung stehen werden.
- Alle Schulen in Niedersachsen sollen ihren Schülerinnen und Schülern bis 2023 ein umfassendes Ganztagsangebot unterbreiten.
- Wir werden für die allgemeinbildenden Schulen deutlich mehr als 100 Prozent Unterrichtsversorgung im Landesdurchschnitt sicherstellen. Dabei muss der

Pflichtunterricht nach Studentafel im Mittelpunkt stehen. Keine Schulform darf bei der Ausstattung mit Lehrkräften benachteiligt werden. Hierbei setzen wir u.a. beim Vorbereitungsdienst auf die vollständige Ausschöpfung verfügbarer Plätze und die Erhöhung der Zahl der Unterrichtsstunden in eigener Verantwortung. Außerdem setzen wir auf eine Priorisierung des Pflichtunterrichts bei der Stundenzuweisung.

- Alle Lehrerstunden, die nicht unmittelbar dem Unterricht zugutekommen, müssen wir auf den Prüfstand stellen. Unser Ziel ist es, dass andere als unterrichtliche Aufgaben von Verwaltungspersonal, pädagogischen Mitarbeitern oder Schulsozialarbeitern übernommen werden. Lehrerinnen und Lehrer sollen sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: auf guten Unterricht!
- Wir werden nach der Landtagswahl am 14. Januar 2018 umgehend eine „Stabsstelle Abitur 2020/21“ im Kultusministerium einrichten. Durch die Wiedereinführung des Abiturs nach neun Jahren am Gymnasium (G9) entsteht im Schuljahr 2020/21 eine Sondersituation: Zum einen droht ein Lehrermangel durch die verlängerte Schulzeit. Zum anderen werden 2020 einmalig weniger Abiturientinnen und Abiturienten die Oberstufen der Gymnasien und Kooperativen Gesamtschulen verlassen. Um die Auswirkungen für den Ausbildungsmarkt und für die Hochschulen angemessen einschätzen und bei Problemlagen gegensteuern zu können, muss die Stabsstelle ressortübergreifend und unter Einbindung von Expertinnen und Experten arbeiten.
- Wir werden eine unabhängige Erhebung der Lehrerarbeitszeit auf den Weg bringen, die Klarheit über die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden unserer Lehrkräfte gibt
- Alle Schulen werden künftig zur Verbesserung der Transparenz die erteilten und die ausgefallenen Unterrichtsstunden digital erfassen. Dazu wird ein entsprechendes Datennetzwerk aller Schulen in Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde bis 2020 eingerichtet.

- Für Lehrkräfte und für Schulleiterinnen und Schulleiter wird eine kontinuierliche und verpflichtende Fortbildung zu Themen der Unterrichts- und Schulqualität eingeführt.
- Lehrkräfte sollen künftig regelmäßig geschult und fortgebildet werden.

2. Inklusion heißt: Jedes Kind auf seinem Weg zum Bildungserfolg führen!

Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf können erfolgreich an Regelschulen lernen. Für Kinder und Jugendliche mit größerem Unterstützungsbedarf bieten hingegen spezialisierte Förderschulen bessere Voraussetzungen. Das Wohl des Kindes ist Maßstab und Entscheidungsgrundlage für den richtigen Weg zwischen Regel- und Förderschule. Daher wollen wir Eltern in die Lage versetzen zu entscheiden, wo ihr Kind am besten gefördert werden kann. Schulische Inklusion gegen den Willen von Eltern und betroffenen Schülerinnen und Schülern lehnen wir ab. Die inklusive Schule ist für alle Beteiligten herausfordernd. Deren Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Inklusion gelingen kann. Dazu gehören ausreichend fortgebildete Lehrkräfte, genügend Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, kleine Lerngruppen sowie Differenzierungsräume.

Es wird weiterhin Förderschulen für alle Formen ohne Einschränkungen geben. Für uns ist klar:

- Wir werden ein einjähriges Moratorium der Inklusion in den niedersächsischen Schulen umsetzen. Wir werden diese Zeit nutzen, um festzulegen, wie wir mit den vorhandenen Ressourcen umgehen und, wie das sich immer stärker abzeichnende Fehlen von Förderschullehrkräften an unseren Schulen gelöst werden kann.
- Eine CDU geführte Landesregierung wird die Auflösung der Förderschulen, insbesondere im Sekundarbereich I des Schwerpunktes Lernen, umgehend, spätestens aber zum neuen Schuljahr 2018/2019 beenden.
- Neben der inklusiven Schule werden weiterhin spezialisierte Förderschulen bestehen, einschließlich eines Angebotes im Bereich des Förderschwerpunktes Lernen. Die Förderschulen Sprache werden als eigene Förderschulform wieder

in das Niedersächsische Schulgesetz aufgenommen. Damit werden wir die echte Wahlfreiheit für Eltern und schulpflichtige Kinder mit Behinderung wiederherstellen und dem Kindeswohl den gebührenden Platz einräumen.

- Der Einsatz von Integrationshelfern, die einzelne Schülerinnen und Schüler in Schulklassen begleiten, muss ressortübergreifend sinnvoll gesteuert werden. Mit einer neuen Konzeption stellen wir dieses Modell auf eine zukunftsfähige Basis.

Das von der jetzigen Landesregierung entworfene Modell Regionaler Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusion (RZI) wird beendet. RZI sind reine Verwaltungseinheiten ohne Unterricht und ohne Schülerinnen und Schüler und Teil der Niedersächsischen Landesschulbehörde. Für uns steht fest:

- Wir werden möglichst vielen Landkreisen und kreisfreien Städten ermöglichen, Förderzentren zu Förderschulzentren weiterzuentwickeln. Damit werden wir ein gut erreichbares Regionalnetz von bis zu 150 Förderschulzentren im Land aufbauen. Förderschulzentren vereinigen alle Förderschwerpunkte unter einem Dach. Diese hochleistungsfähigen Förderschulzentren bieten allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig vom Förderschwerpunkt, als Schule einen geschützten Raum und sorgen als multiprofessionelles Zentrum sowohl für guten Förderschulunterricht als auch für hochwertige Unterstützung in allen Schulen Niedersachsens. Die Förderschulzentren arbeiten eng mit den allgemeinbildenden Schulen und den berufsbildenden Schulen zusammen. Die ortsnahen Förderschulzentren bieten den Schulträgern Grundlage für eine verlässliche Schulentwicklungsplanung, die sich den regionalen Strukturen vor Ort anpasst und die die erforderliche optimale Vernetzung aller am Erziehungsprozess des Kindes beteiligten Personen garantiert. Die Einbeziehung der Jugend- und Sozialämter ist dabei unerlässlich.

3. Unsere Schulen brauchen Ruhe – und gute Lehrkräfte!

Frühere Debatten um die beste oder gar überlegene Schulstruktur führten oftmals zu Veränderungen, die die Schulen belasteten und nicht zur Qualitätsverbesserung von Unterricht beitrugen. So etwas wird es mit uns nicht mehr geben. Stattdessen werden wir uns in unserer Ausrichtung auf die Bildungsqualität und auf das Beratungs- und Unterstützungssystem von guter Schule konzentrieren. Niedersachsens Schulen benötigen Stabilität und Kontinuität. Keine Schule wird bevorzugt, keine Schule wird benachteiligt, alle Schulen werden künftig gleichbehandelt. Wir setzen auf die Vielfalt des Schulangebots und auf die Wahlfreiheit der Eltern. Sie wissen oft am besten, welcher Bildungsweg für ihr Kind wirklich geeignet ist. Zum Erhalt der Schulvielfalt werden wir garantieren, dass jeder Schulträger, der eine Gesamtschule errichtet, auch weiterhin Gymnasien sowie Haupt- und Realschulen bzw. Oberschulen in seinem Gebiet vorhalten muss.

Ebenso kommt es auf die Lehrkräfte an. Guter Unterricht gelingt nur mit gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern. Wir setzen auf den Dialog mit den Lehrkräften, um unsere Schulen weiterzuentwickeln. Lehrerinnen und Lehrer verdienen unsere volle Unterstützung und Wertschätzung bei der Ausübung ihres Berufs.

- Wir wollen die Attraktivität des Lehrerberufs steigern, um noch mehr junge, motivierte Lehrkräfte zu gewinnen. Darum werden wir eine Profil-Offensive für den Lehrerberuf auf den Weg bringen, insbesondere für die MINT-Fächer. Dafür werden wir jährlich 1 Mio. Euro einsetzen. Wir wollen ferner eine Fachlehrerprämie einführen, um damit Abiturienten für ein lehramtsbezogenes Studium in MINT-Fächern zu gewinnen.
- Schulleitung ist ein eigenes Berufsbild. Jede Schulleiterin und jeder Schulleiter muss besser auf seine Aufgaben vorbereitet werden. Alle Schulleitungen müssen zudem stärker von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.
- Der Beruf Schulleitung erhält eine eigene Systematik in der Fort- und Weiterbildung.
- In einem Modellversuch „Verwaltungspersonal an allgemeinbildenden Schulen“ werden wir den Einsatz von Verwaltungsleitungen an 10 großen allgemeinbildenden Schulen zur Unterstützung und Entlastung der Schulleitungen erproben.

- Schulsozialarbeit ergänzt die Arbeit der Lehrkräfte. An allen Schulen Niedersachsens wird die schulische Sozialarbeit in Landesverantwortung ausgebaut. Das Unterstützungssystem verbessert die Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen. Wir setzen uns für ein Stufenprogramm zum Ausbau der schulischen Sozialarbeit an allen Schulformen ein, unabhängig davon, ob die Schulen Ganztagschulen sind oder nicht. Dafür wollen wir jährlich zusätzlich jeweils 8 Mio. Euro einsetzen. Grundschulen, Förderschulen und Gymnasien dürfen bei der Einstellung von Schulsozialarbeitern nicht benachteiligt werden.
- Praktiker aus anderen Berufen als Quereinsteiger in den Lehrerberuf sind eine Bereicherung für unsere Schulen. Die Übernahme berufserfahrener Meister in berufsbildende Schulen werden wir ermöglichen, um den Lehrermangel besonders im technischen Bereich zu bekämpfen. Außerdem wollen wir das Anerkennungsverfahren für Quereinsteiger vereinfachen und dadurch beschleunigen.

4. Leistung wird sich wieder lohnen!

Eine weitere Absenkung der Leistungsstandards an unseren Schulen gilt es zu stoppen:

- Die pädagogische Option des Wiederholens einer Klassenstufe ist sinnvoll. Die bestehenden Regelungen sollen nicht weiter aufgeweicht werden. Schülerinnen und Schüler, die in ihrer jeweiligen Entwicklungsphase überfordert sind, müssen im Einzelfall die Chance eines Neustarts erhalten.
- Wir werden die Stundenzahl im 11. Schuljahrgang der Gymnasien wie im früheren G9 wieder auf 32 Wochenstunden anheben. Stundenkürzungen in Kernfächern, insbesondere im MINT-Bereich, und der Verzicht auf die zweite Fremdsprache in der gymnasialen Oberstufe gefährden die Zukunftschancen unserer Abiturientinnen und Abiturienten.
- Die Schulinspektion in Niedersachsen wird sich künftig schwerpunktmäßig auf die Unterrichtsqualität konzentrieren. Die externe Evaluation unserer Schulen wird weiterhin möglich sein.

5. Selbstbestimmtes Denken und Handeln in der digitalisierten Welt!

Das Lernen mit digitalen Medien wird persönlich-kommunikative Lernformen nicht ersetzen, sondern ergänzen. Kinder und Jugendliche benötigen jedoch eine vertiefte digitale Bildung als Teil ihrer Bildung und Erziehung. Unser Bildungsziel ist dabei die Fähigkeit und Bereitschaft zu selbstbestimmtem Denken und Handeln in einer künftig stärker digitalisierten Welt. Digitale Bildung heißt, dass die Grundlagen der digitalen Welt in der Schule gelehrt werden. Dabei gilt: Neue Technologien müssen mit der Unterrichtsdidaktik und mit den Unterrichtszielen in Einklang gebracht werden. Die Lehrpläne müssen kontinuierlich den Entwicklungen der Digitalisierung angepasst werden.

Es ist davon auszugehen, dass die „Initiative DigitalPakt#D“ des Bundes innerhalb der nächsten fünf Jahre zu einer erheblichen Verbesserung der digitalen Infrastruktur aller Schulen in Niedersachsen führen wird. Aber auch das Land muss seinen Teil dazu beitragen, dass Niedersachsen digitales Bildungsfortschrittsland werden kann. Daher werden wir eine Digital-Offensive für Niedersachsens Schulen mit folgenden Elementen auf den Weg bringen:

- Gigabit für alle Schulen: Das Land und die Schulträger schaffen gemeinsam die notwendige Infrastruktur. In einem ersten Schritt werden wir die Bereitstellung eines verlässlichen WLAN-Netzes an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen in Angriff nehmen. Ergänzend setzen wir auf die inhaltliche Gestaltung und Ausweitung der (modellhaft nur an wenigen Schulen eingesetzten) BildungscLOUD.
- Mit einer Fortbildungsoffensive werden wir innerhalb von fünf Jahren alle Lehrkräfte in den Stand setzen, mit digitalen Medien unterrichten zu können. Dabei steht die Technik unter dem Primat der Didaktik, der Unterrichtsziele und der Kompetenzen. Die Kerncurricula müssen querliegend zu den Unterrichtsfächern den Entwicklungen in der Digitalisierung angepasst werden.
- Service, Inhalte, Konzepte und notwendige Daten werden in der BildungscLOUD allen Schulen des Landes zur Verfügung gestellt.
- Mit einer Informatikoffensive werden wir stufenweise ab 2020 an allen Schulformen ab dem 5. Schuljahrgang Informatikunterricht anbieten.

- Mit einer „Log-In-Offensive“ werden wir in den nächsten fünf Jahren erreichen, dass Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen flächendeckend in Niedersachsen ab Klasse 5 im Unterricht mit Laptop oder Tablet arbeiten können. Hierfür können die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Geräte nutzen, sofern diese den notwendigen Grundanforderungen dafür entsprechen. Alternativ werden die Geräte durch die Schule gestellt.

6. Frühkindliche Bildung ohne Elternbeiträge verbessern!

Bildung beginnt bereits vor der Grundschule. Krippe und Kita sind wichtiger Teil des Bildungsprozesses Familien in Niedersachsen wünschen sich offenbar immer häufiger, dass Kinder bei den qualifizierten Fachkräften in den Kindertagesstätten oder in der Kindertagespflege in besten Händen sind. Deshalb gilt:

- Die Elternbeiträge in Kindergärten in Niedersachsen zum Kita-Jahr 2018/2019 abschaffen. Dabei wird ein fairer Ausgleich mit den kommunalen Trägern garantiert. Es gilt das Prinzip der Konnexität. Für uns steht der kostenfreie und freiwillige Besuch von Kindergärten im Mittelpunkt der Bildungsziele im frühkindlichen Bereich.
- Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz überall in Niedersachsen umsetzen. Wenn die Förderprogramme des Bundes nicht ausreichen, werden wir Landesmittel einsetzen, um Investitionen in frühkindliche Bildung in den Kommunen zu fördern.
- Der Arbeitsort der Eltern und der Betreuungsort eines Kindes sollen möglichst nah beieinanderliegen. Betriebskindergärten und –krippen werden daher künftig besonders gefördert. Dies gilt insbesondere auch für Kooperationen kleinerer Betriebe aus Handwerk und Mittelstand.
- Wir sorgen für verlässliche und flexibel dem regionalen Arbeitsmarkt angepasste Öffnungszeiten zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Betreuungszeit in den Randzeiten muss landesweit verbessert werden. Ferner soll der Betreuungsschlüssel im Kindergarten schrittweise verbessert werden.
- In Niedersachsen werden wir Kinder- und Familienzentren neu aufstellen. Ziel ist es, dass Eltern und Erziehungsberechtigte vor dem Hintergrund der besseren

Vereinbarkeit von Familienleben und Berufstätigkeit umfassender und bedarfsgerechter unterstützt werden.

- Um dem Fachkräftemangel der Erzieher entgegen zu wirken, werden wir eine duale Erzieherausbildung einführen. Eine Dualisierung sorgt zudem für einen besseren Betreuungsschlüssel. Dieses kann durch folgende Maßnahmen gelingen:
 - Ausbildungsvertrag beim Träger,
 - Vergütung während der Ausbildung,
 - Verkürzung der Ausbildung von vier auf drei Jahre,
 - höherer Praxisanteil, Arbeit mit dem Kind.
- Mit anschließender einjähriger berufsbegleitender Weiterbildung kann die Fachhochschulreife erworben werden.
- Zur Reform der Erzieherausbildung werden wir eine KMK-Initiative starten.
- Wir werden eine Quereinsteigeroffensive für Fachkräfte in Kitas starten.
- In Kindertagesstätten muss das Erlernen der deutschen Sprache klar Vorrang vor herkunftssprachlicher Förderung haben.

7. Guter Schul-Start für alle Kinder mit starken Grundschulen im ganzen Land!

Viele niedersächsische Grundschulen leiden unter zu großen Klassen, Lehrermangel oder unbesetzten Rektorenstellen. Wir wollen unsere Grundschulen stärken.

- Mit einem „Zukunftsvertrag Grundschule“ wollen wir die Kommunen beim Erhalt wohnortnaher Grundschulen unterstützen. Gerade für Grundschülerinnen und Grundschüler muss das Prinzip „Kurze Wege für kurze Beine“ weiter gelten.
- Wir wollen den Einschulungszeitpunkt flexibilisieren. Die Entscheidung darüber liegt grundsätzlich bei den Eltern. Die Einschulung kann so pädagogisch sinnvoller auf den Entwicklungsstand des Kindes angepasst werden.
- Wir wollen in allen Grundschulen wieder Noten ab dem 3. Schuljahrgang einführen sowie den Eltern für ihr Kind am Ende der Grundschulzeit eine Schullaufbahnenempfehlung mit auf den Weg geben.
- Wir wollen, dass alle Kinder am Ende der Grundschulzeit die grundlegenden Rechtschreibregeln beherrschen. Die Lernmethode „Schreiben nach Gehör“

lehnen wir ab. Lesen, Schreiben, Rechnen werden künftig in den jeweiligen Kerncurricula wieder stärker gewichtet werden. Grundschulen sollen wieder mehr Zeit für übendes und vertiefendes Lernen erhalten.

- Wir wollen Schulleiterinnen und Schulleiter an Grundschulen stärken. Wer eine Schulleiterstelle an einer einzügigen Grundschule im ländlichen Raum annimmt, soll für die ersten fünf Jahre eine Prämie in Höhe von 250 Euro als monatlichen Zuschlag zur regulären Besoldung erhalten. Gleiches wollen wir an sogenannten „Brennpunktschulen“ in größeren Städten ermöglichen.
- Keine Schulleitung unterrichtet künftig mehr als 15 Unterrichtsstunden.
- Eine Schulleitung ist mindestens in der Besoldung A 13 eingruppiert.
- Für die Schulträger kleiner Schulen, die bislang keine oder kaum Verwaltungsunterstützung erhalten, schaffen wir finanzielle Anreize zur Bildung von Schulverbänden. Innerhalb der Verbände wollen wir Vertretungspools zur Abfederung von Stundenausfällen bilden und den Einsatz von Schulsekretärinnen bündeln. In der Folge ist dann eine Stellenbesoldung für mehrere Schulleitungen nach A 14 möglich.
- An Grundschulen, die über Außenstellen verfügen, werden wir eine Lehrkraft als Konrektor einstufen.

Dies dient der Stärkung kleiner Standorte insbesondere im ländlichem Raum.

8. Die Vielfalt unseres Schulsystems bietet allen eine Chance!

Das differenzierte und vielfältige weiterführende Schulsystem mit Hauptschulen, Realschulen, Oberschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Förderschulen und den Berufsbildenden Schulen (BBS) bietet die besten Voraussetzungen, um jedem Schüler ein individuelles Bildungsangebot zu unterbreiten. Um den Weg von der Schule in die Ausbildung weiter zu verbessern, planen wir folgende Maßnahmen:

- Die Zeit zwischen den Zeugniskonferenzen und der Zeugnisvergabe wird künftig an den weiterführenden Schulen verpflichtend zur Berufsorientierung und zur Studien- und Berufsvorbereitung genutzt.
- Alle weiterführenden Schulen sollen verstärkt und enger mit beruflichen Schulen, der regionalen Wirtschaft, den Handwerkskammern sowie den

Industrie- und Handelskammern der jeweiligen Region zusammenarbeiten, um den Übergang in die Berufspraxis zu erleichtern.

- Die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen wird regional künftig besser durch die Expertise der regionalen BBS unterstützt. Die BBS stellen regelmäßig das Ausbildungsangebot in allen Schulen ihres regionalen Einzugsbereiches vor. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Angeboten der dualen Ausbildung.
- Alle Schulen, die zu Hochschulzugangsberechtigungen führen, vernetzen sich besser und kooperieren stärker mit Universitäten und Hochschulen, um frühzeitig auf deren Anforderungen vorzubereiten.

9. Berufliche Bildung als Garant für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses!

Basis der Beruflichen Bildung bleibt das duale System der Ausbildung in den Unternehmen, Handwerksbetrieben und Berufsbildenden Schulen.

Die BBS soll künftig stärker als bisher Teil des regionalen Wirtschaftsstandortes werden. Das bedeutet die Wiederbelebung des ursprünglichen Gedankens aus dem Schulversuch „Projekt Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren“ (ProReKo). Zudem soll eine enge Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaftsförderung der Kommune dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Eine regionale Berufsschule darf in ihrem Einzugsbereich zudem nicht an den Grenzen des Schulträgers enden. Unser Ziel ist es, die duale Ausbildung weiter voranzubringen, um dem akuten Fachkräftemangel schneller zu begegnen. Das bedeutet:

- Die Kompetenzen und Ressourcen der BBS umfassend zu nutzen.
- Wir werden die schulische Berufsorientierung neu ausrichten, denn die Schüler benötigen einen breiten und tiefen Einblick in die praktische Berufswelt.
- Die fachgebundene Studienberechtigung wird durch eine duale Ausbildung abgesichert. Durch zusätzliche freiwillige Unterrichtsmodule zum Berufsschulunterricht wird es Schülern ermöglicht, die Zugangsberechtigung für ein fachgebundenes Studium zu erhalten. So wird die duale Ausbildung zu einer attraktiven Alternative zum längeren Schulbesuch.

- Die Stellenstreichungen an berufsbildenden Schulen werden als Voraussetzung für die Qualitätsentwicklung der berufsbildenden Schulen ab dem Schuljahr 2018/2019 umgehend zurückgenommen

10. Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt – Fachkräftezuwanderung nutzen!

Die Fachkräftesicherung bleibt angesichts der stetig wachsenden Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften und aufgrund des demografischen Wandels eine der größten Herausforderungen für Niedersachsen. Wir wollen inländische Potenziale fördern und treten zugleich für eine qualifizierte Einwanderung aus Drittstaaten ein. Die Einwanderung von qualifizierten Fachkräften hilft uns zumindest teilweise, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand für die Zukunft zu sichern. Hierzu wollen wir auch die Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen im Ausland hier vor Ort weiter verbessern.

Wir setzen auf eine qualifizierte Einwanderung aus der Europäischen Union im Rahmen der EU-Freizügigkeit. Dabei wird die enge Bindung der Einwanderung an den tatsächlichen Bedarf auf dem deutschen Arbeitsmarkt vorausgesetzt. Einer Einwanderung indes, die darauf gerichtet ist, die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, treten wir entschieden entgegen. Wir werden daher:

- gesteuerte Zuwanderung gestalten,
- für die klügsten Köpfe der Welt attraktiv sein,
- qualifizierte Fachkräfte für Niedersachsen sichern,
- EU Zuwanderung gegen den Fachkräftemangel nutzen,
- Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen im Ausland erleichtern.

Gleichzeitig benötigen wir flexible Unterstützungsangebote für Migranten in der Ausbildung. Bei großen Defiziten in der Schulbildung werden wir für anerkannte Flüchtlinge eine Schulpflicht bis zum 25. Lebensjahr gesetzlich absichern, um sie für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen. Zudem erfordert es individuelle Arbeits- und Ausbildungsangebote für Migrantinnen und Migranten, um dem regionalen

Fachkräftemangel mit Flüchtlingen zu begegnen. Dafür werden die regionalen Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe der Landkreise genutzt.

Bessere Bildungschancen sind unsere Zukunft. Bildung schafft Zukunft. Wir müssen es nicht wollen, sondern auch machen. So bringen wir unsere Bildung in Niedersachsen nach vorne.